

"Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?"

Anmerkungen zu einer Dissertationsschrift

von
Anna Hallensleben

von
Tristan Abromeit,
ein Betroffener

8. September 1984¹
und
Nachträge vom 7. April 2007

Text 51.0

Anna Hallenslebens Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde ist als Buch im Muster-Schmidt Verlag Göttingen in diesem Jahr erschienen. Der Preis von DM 35,- ist für viele Mitglieder der Grünen zu hoch, aber für 325 Seiten Text und 143 Seiten Dokumentation gerechtfertigt. Ich meine, jeder Orts- und Kreisverband sollte dieses Buch anschaffen:

1. Weil diese wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit der Grünen helfen kann, gegenwärtige Konflikte zu bewältigen.

2. Es wird deutlich, daß der Erfolg der GRÜNEN nicht vom Himmel gefallen ist, sondern daß immense Vorleistungen erbracht und erlitten wurden, auch von Freunden, die heute keine Mitglieder der GRÜNEN mehr sind, weil sie einfach müde wurden, die programmatische Entwicklung nicht mehr mittragen konnten, weil sie ausgegrenzt wurden oder weil sie einfach das häufig menschlich-unmenschliche Klima in grünen Zusammenkünften nicht mehr ertragen konnten. Dieses Buch macht deutlich, daß wir Anlaß zur Dankbarkeit und zur Trauer haben.

1 Den Text habe ich 1984 als Kopien in den Umlauf gebracht und den Redaktionen der Zeitschriften „Grüne Informationen“, „Politische Ökonomie“, „Fragen der Freiheit“ und „Zeitschrift für Sozialökonomie“ eingereicht. Heute ist der Text nur einer von vielen Erinnerungsposten an die schwierige Geburt einer politischen Partei. Der Text wurde nach dem Einscannen im April 2007 neu formatiert. TA

3. Es wird deutlich gemacht, daß die GRÜNEN nicht von einer undifferenzierten Masse gestaltet wurden, sondern von einzelnen Individuen. In der Untersuchung werden drei Hauptakteure heraus geschält: Carl Beddermann, der verkannte Stratege und tragische Verlierer; Georg Otto, der unermüdlich Arbeiter, der etwas Verrücktes (nämlich einen Dritten Weg) will, damit auf Widerstand stößt und damit etwas Gutes, nämlich die Entwicklung der Partei, vorantrieb und -treibt; Helmut Lippelt, der Sieger, der durch Beredsamkeit und Zauberformeln versteht, die grüninterne Sprengkraft von gegensätzlichen Interessen und konkurrierenden Ideen zu mildern. Und ich füge hinzu: Er ist ein schelmischer Sieger, weil er es verstanden hat, seine persönlichen politischen Motive und Ziele nie offenbaren zu müssen. Den niedersächsischen Grünen wird Pionierleistung und eine bundesweit prägende Rolle bescheinigt. Wir sollten - und ich meine es nicht ironisch - z.B. auf einem Jahrestag der Gründung die genannten Akteure und weitere „Heldinnen“ und „Helden“ des Aufbaues einmal gründlich feiern. Wenn wir das nicht können, stellen wir uns ein Armutszeugnis aus.

4. Es gibt ja grüne Mitglieder und außenstehende Kommentatoren, die die Zweckbehauptung aufstellen, daß die GLU / DIE GRÜNEN sich von Anbeginn als Linkspartei verstanden hat / haben. Diese Behauptung wird mit der vorliegenden Arbeit klar widerlegt. Die Impulse, die von Carl Beddermann und seinen Freunden ausgingen, waren auf eine punktuelle, befristete parlamentarische Protestaktion ausgerichtet. Die Impulse die von Georg Otto und seinen Freunden (z.B. Hermann Müller, vom Lebensalter wahrscheinlich das älteste Mitglied der GRÜNEN, der den ersten Gründungsaufwurf unterschrieben hatte) ausgingen, waren von Anbeginn auf eine liberale und soziale dauerhafte Programmpartei ausgerichtet. Strittig war hier nur, ob programmatisch geschlossen (also mit Vorgaben) vorgegangen werden sollte oder programmatisch offen eine Sammlung unterschiedlicher Leute herbeigeführt werden sollte. Beide Wege hatten Vor- und Nachteile. Hans Kühn, als Verfechter der ersten Variante unterlag Georg Otto, der auf die Anziehungskraft seiner Ideen vertraute. Zu Unrecht wie wir heute wissen. Es ist gesondert nach den Ursachen zu forschen. Stichworte: Überforderung, mangelhafte Präsentation und Verleumdung.

5. Die Untersuchung macht auch klar, wenn wir als Partei und als politische Einzelbürger nicht scheitern wollen, dann müssen wir die von den ökolibertären Freunden begonnene Demokratiedebatte intensiv weiterführen und eine offene Ökonomiedebatte ohne wenn und aber endlich beginnen.

6. Anna Hallensleben geht auf Seite 92 auf den Kommunisten Bund ein. Sie zitiert aus dem „Arbeiterkampf“ vom 12. Juni 1978 den dort zitierten Lenin:

„Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Organisationen zu arbeiten ...“ und

„Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man *u n b e d i n g t* aufs angelegentlichste, sorgsamste, geschickteste, vorsichtigste selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“

„Diese Ausführungen, die auch in den Händen des GLU-Vorstandes gelangt waren, verstärkten noch die Furcht vor einer Unterwanderung durch den KB.“ heißt es bei Anna Hallensleben. Meine Frage an die kommunistischen und marxistischen Grünen ist: Ist das Lenin-Zitat nur Literatur aus vergangener Zeit oder ist es Euer heutige Haltung und Strategie. Wie kann ich herausfinden, ob Euer Nein ein Nein ist, denn ein Ja zu sagen ist Euch ja gar nicht möglich.

7. Einige Zitate aus den Schlußbetrachtungen:

„Aus der Geschichte der GLU wird deutlich, daß die Partei DIE GRÜNEN ohne ein ausgereiftes ökologisches Wirtschaftskonzept ihre ideologische Unsicherheit und ihre Berührungängste bei der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen oder Parteien nicht verlieren wird.“ ... (S.263)

„Entwickeln DIE GRÜNEN ein sozialistisches Wirtschaftskonzept, ist nicht zu erwarten, daß sich ihre Basis vergrößert, da der Basiskonsens mit der bestehenden Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland (...) groß ist.“ ...

„Durch eine dogmatische Durchsetzung basisdemokratischer Prinzipien in der eigenen Organisation können DIE GRÜNEN Macht verlieren, ihre Kontrollfunktion schmälern und den eigenen Initiativen Fesseln anlegen.“ ... (S. 264.)

„Der Begriff Basisdemokratie hat anscheinend in erster Linie eine Beruhigungsfunktion für die Mitgliederbasis.“

„Dieser Anspruch auf die 'bessere Moral' wird auch von den GRÜNEN erhoben und kann deren Überlegenheitsgefühl anderen Parteien gegenüber erklären.“ (S.265)

„Solange DIE GRÜNEN mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen haben, werden sie wahrscheinlich an Organisationsprinzipien wie dem Rotationsprinzip, dem Ämterkumulationsverbot etc. festhalten, da dies eine Möglichkeit bietet, sich in der Öffentlichkeit von den 'etablierten Parteien' abzusetzen." ...

"... Auf eine personelle Kontinuität sollte daher bei den GRÜNEN geachtet werden." (S.266)

Solange noch innerparteiliche Demokratie, Durchschaubarkeit, Offenheit, Respekt vor den Wählern und Wirkungskontrolle Dinge sind, die von den Mitglieder der GRÜNEN gefordert werden, solange sind wir Grünen auch auf Fremdbeobachtung und -beurteilung durch die politischen Schriftsteller und die Sozial- und Politikwissenschaften angewiesen.

Im März 1979 in Frankfurt in der Gründungsversammlung der SPV Die Grünen hat ein wissenschaftliches Institut Fragebogen ausgeteilt, um empirisches Material für eine soziologische Aussage über das Phänomen der grünen Parteibildung zu sammeln. Aus hysterischer Angst, das Material könnte zum Schaden der Grünen angewendet werden, wurde die Befragung abgeblockt. Ich habe dies immer bedauert. Um so erfreuter bin ich darüber, daß Anna Hallensleben aus ganz eigennützigem Motiven heraus ihre große Arbeit für die Gemeinschaft der Ökologen und der Demokraten insgesamt geleistet hat. Wem Freiheit und Rationalität noch etwas bedeuten, sollte sich dafür stark machen, daß Nachfolgeuntersuchungen von den GRÜNEN gefördert werden.

Die Methode, die Anna Hallensleben für ihre Untersuchung angewandt hat, kann natürlich nicht die ganze Wirklichkeit widerspiegeln. Sie beansprucht auch nur, "ein Mosaikstein zur Erfassung der neuen politischen Strömung in der Bundesrepublik Deutschland" geliefert zu haben.

Wir haben keinen Grund, ihr vorzuwerfen, sie hätte durch Heraushebung von einzelnen Personen eine Führungselite konstruiert. Der Teil am Aufbau der Partei, der gesprächsweise, telefonisch, schweigend und praktisch handelnd (z. B. Plakate aufhängend, Infos verteilend) geleistet worden ist, ist im Nachhinein nur schwer von der Analyse erfaßbar. Mein Name z.B. taucht in der Arbeit nur auf, weil ich die programmatische Schrift „Der Dritte Weg ..." verfaßt habe, nicht wegen meiner anderen Leistungen, die ich in anderer Form erbracht habe. Viele

Freunde wären sicher zu nennen gewesen, die mehr als ich für die GRÜNEN getan haben. Dies alles berührt den Bereich der Eitelkeit, aber nicht den der Aussage der Dissertation.

Zwei Bereiche wurden von Anna Hallensleben aber nicht richtig erfaßt und beschrieben:

a) das Prinzip der Vielfalt in der Einheit, das insbesondere von Wilfried Heid vom Achberger Kreis bei den bundesweiten Einigungsbemühungen propagiert wurde.

Während die Logik und Wirkung der von Beddermann gewollten Ein-Punkte-Protest-Partei von der Autorin gut beschrieben wurde, hat sie die Logik der Vielfalt in der Einheit anscheinend gar nicht begriffen. Die Logik der Einpunkte-Partei ist, wie sie Hans Kühn beim Gründungsversuch „Partei des Lebens“ formuliert hat: Partei des Lebens, „weil hierdurch der größtmögliche gemeinsame Nenner besteht, der nach mathematischem Vorbild alle Brüche addieren und vereinigen kann.“ Die Logik der Vielfalt in der Einheit ist eine Erweiterung. Ein oder mehrere unstrittige Punkte sind der gemeinsame Nenner für die politische Handlungsgrundlage möglichst vieler Menschen. Da es aber heute nicht nur ein Problem, bzw. wenige Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen gilt, läßt man Lösungsansätze, die nicht konsensfähig sind frei nach innen oder außen miteinander konkurrieren bis sich konsensfähige Lösungen heraus kristallisieren. Dieses Verfahren setzt aktive Toleranz voraus, die ein Minimum an Zweifel an der eigenen Problemlösung einschließt.

Dieses Prinzip - richtig verstanden und angewandt - ermöglicht eine starke politische Expansion bei gleichzeitiger produktiver Problemlösungssuche. Es erspart innerparteiliche Grabenkämpfe und Blockierungen. Ein Großteil der heutigen internen Probleme der GRÜNEN ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Mitglieder die Vielfalt in der Einheit nur als intellektuelle Spielerei ohne praktischen Nutzen aufgefaßt hat und Mitglieder mit autoritäre Denkstrukturen das Prinzip durch Übergehen des Satzungsgebotes aktiv bekämpft haben.

b) Das, was mit dem Begriff „Dritter Weg“ ausgesagt werden soll, wurde von Anna Hallensleben nicht studiert und hinterfragt. Meine Schrift „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“ wird zwar angeführt. Die Beurteilung des Anliegens läßt aber darauf schließen, daß der Text nur flüchtig überflogen wurde. Nun entstehen ja Dissertationen im Kontext mit Vertretern von Universitäten, die somit auch etwas über den Stand der betreffenden Wissenschaften aussagen. Eine Ermahnung zur Korrektur des Urteils über den freiwirtschaftlich geprägten Dritten Weg konnte wohl vom Doktorvater oder anderen Korrektoren nicht vorgenommen werden, weil man in Göttingen nicht informiert ist oder damit beschäftigt

ist

negative Vorurteile zu tradieren. Wohlgermerkt, ich kritisiere nicht, daß über die teilweise schlechte Resonanz berichtet wird, die die programmatischen Bemühungen des Arbeitskreises Dritter Weg - NWO erfahren haben, sondern ich kritisiere das Urteil der Analytikerin das ohne Analyse erfolgte. Für die Dissertation mußte die Verfasserin eine Unmenge Informationen verarbeiten, so daß es verständlich ist, daß sie mit einer Vertiefung in die Literatur um den Dritten Weg überfordert war. Das ist nicht zu bemängeln, denn für die Untersuchung hätte genügt zu sagen, da sollte etwas von einer der beiden Gründergruppen inhaltlich eingebracht werden, was nicht verstanden wurde und teilweise auf Widerstand gestoßen ist. Mit einer unbegründeten und undifferenzierten Kritik (sie addiert die beiden Dritte-Weg-Gruppen innerhalb der Grünen einfach zu einer Einheit) am Dritten Weg - und mit Schlenkern auch an die Freiwirtschaftsschule - begibt sich die Autorin aber unnötigerweise in die Nähe linker und rechter politischer Agitation. Besonders der Satz, „Die Nationalsozialisten forderten auch die 'Brechung der Zinsknechtschaft' und eine Bodenreform.“ dient nicht einer sachlichen Auseinandersetzung.

1. Die Themen mußten von den Nazis aufgegriffen werden, wenn sie Stimmen bekommen wollten, weil dahinter reale und nicht erfundene Probleme stehen.
2. Bei den Nationalsozialisten war Gottfried Feder der Spezialist für diese Themen und Gesell und seine Schule wurden von ihm hart bekämpft.
3. Wurde jener Teil der Nationalsozialisten, die es ernst meinten mit ihrem Sozialismus nach der Machtergreifung kaltgestellt oder umgebracht.
4. Das Zins- und das Bodenrechtsproblem ist kein neues Problem, es ist Jahrhunderte alt, die Marxisten können darüber auch bei Marx nachlesen.
5. Die liberalen Bodenrechtsreformer unterscheiden sich von marxistischen Revolutionären dadurch, daß sie nicht ein Unrecht mit einem neuen Unrecht lösen wollen.
6. Die .Freiwirtschaftliche Schule will den Zins nicht „abschaffen“ z.B. durch Verbote, wie es die Kirchen jahrhundertlang versucht haben, sondern sie erkennt an, daß der Zins ein Preis für die Überlassung von Liquidität ist und will diesen Preis durch Freilegung der Marktkräfte so runter drücken, daß er um Null pendelt und damit seine negativen Wirkungen auf Einkommen, Vermögensverteilung und Umwelt verliert.
7. Das Thema Zins ist ein Tabuthema. Gunnar Heinsohn (Prof. an der Uni Bremen) weist in "Zins, Hexen, Habermas" (veröffentlicht in "Neue Praxis", 2. Quartal 84) darauf hin, daß unsere Gesellschaft das Thema Zins in vielfältiger Form täglich beschäftigt und beeinflusst, daß

es aber nicht offen diskutiert wird und das Phänomen auch nicht wissenschaftlich untersucht wird. In dem jüngsten zweibändigen Werk mit 1166 Seiten, das Jürgen Habermas unter dem Titel „Theorie des kommunikativen Handelns“ veröffentlicht hat, käme im Inhaltsverzeichnis das Wörtchen Zins nicht vor. „In der aus vielen hundert Titeln zusammengesetzten Literaturliste findet er Arbeiten, die ihm die gefürchtete Gottheit Zins erklären könnten, ebenfalls nicht.“

Der Begriff "Dritter Weg" ist nicht eindeutig definiert und wird von unterschiedlichen Gruppen mit unterschiedlichen Zielsetzungen verwendet. Die Chinesen haben ihn schon verwendet und auch die junge Union. Verkürzt kann man sagen, daß Leute, die diesen Begriff verwenden, ihre eigene Gesellschaft anders gestalten möchten als nach amerikanischen und russischen Vorbildern. Der Begriff selbst ist in dem Arbeitskreis Dritter Weg, der sich mit Zusätzen wie NWO (= Natürliche Wirtschaftsordnung) oder „liberalsozialer“ vom Achberger A3.W unterscheidet, umstritten. Hans Kühn schreibt in einem Brief vom 28.2.82:

„Der Mensch kann nicht mehr, als in seiner bipolaren Lebens- und Daseinsgrundlage gleichfalls instinktiv und verstandesmäßig bipolar empfinden. Die vertrackte Dreipunktaufhängung, die sich eingeschlichen hat, findet ihren Ursprung in transzendenten, okkultischen Vorstellungen, die zwar geglaubt, nicht aber gefühlt, gewußt und bewiesen werden können. ...“

Da wir mit Walter Eucken davon ausgehen, daß es neben der Zentralverwaltungswirtschaft und der Markt- bzw. Verkehrswirtschaft keinen weiteren reinen Wirtschaftsordnungstyp gibt, kann man unsere Bemühungen auch als eine Emanzipation der Marktwirtschaft vom Kapitalismus beschreiben. Grundlage dafür ist eine andere Kapitalismusanalyse als jene von Marx. Für die Freiwirtschaftsschule ist Freiheit und soziale Gerechtigkeit kein unauflöslicher Widerspruch. Soweit versucht wurde, diese Erkenntnisse mit politischen Parteien umzusetzen, drückt sich der Anspruch auch in den Namensgebungen aus: Radikalsoziale Freiheitspartei, Liberalsozialistische Partei, Freisoziale Union, Liberal-Soziale Partei.

Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" wurde in der von dem Freiwirt Otto Lautenbach gegründeten Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft geprägt.² Hier arbeiteten Ordo-Liberale und Freiwirte zusammen. Einer der Veröffentlichungen aus der Frühzeit dieser Aktionsgemeinschaft hieß „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“.

2 Dazu bitte den Nachtrag vom April 2007 beachten.

Mit dem Tod Lautenbachs setzten sich die restaurativen Kräfte in der Aktionsgemeinschaft durch. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ wurde verfälscht und ist heute ein Etikettenschwindel.

Es gibt aber auch Gegenbeispiele: Der Schweizerische Notenbankpräsident soll seine berufliche Laufbahn damit begonnen haben, daß er einen Verein führte, der zur Bekämpfung freiwirtschaftlicher Umtriebe gegründet worden war. Heute soll er das Studium freiwirtschaftlicher Literatur als Beitrag zu Problemlösungen dringend empfehlen.

Anna Hallensleben zitiert Georg Otto mit nachfolgender Textstelle als seine Vorstellung der Realisierung des Dritten Weges. Sie kommentiert den Text mit: "eine unrealistische Vorstellung". (S.56)

„Im Grund genügt es, der Notenbank die Befugnis zu geben, immer dann einen Teil der ausgegebenen Geldserien gegen eine Umlaufgebühr in neue Serien umzutauschen, wenn sie durch Beobachtung des Preisindex feststellt, daß ein Teil der von ihr ausgegebene Geldmenge nicht bestimmungsgemäß umläuft. Sinkende Preistendenzen würden ihr dies vermitteln. Die Ankündigung der Auslosung einiger Serien mit angemessener Frist für alle Wirtschaftsteilnehmer, die es diesen ermöglicht, etwaige Geldhorte bestimmungsgemäß den Märkten zuzuführen, würde ausreichen, den Preisindex wieder auf Normalhöhe zu bringen und ein weiteres Abrutschen der Wirtschaft in eine Krise zu verhindern.“

Daß eine kleine technische Änderung in unserem Währungssystem eine große Änderung unseres Wirtschaftssystems bewirken soll, kann wohl nur der nachvollziehen, der sich vorstellen kann, daß eine mit riesigem Aufwand betriebene Mondlandung an einer kleinen defekten Schraube scheitern kann. Georg Ottos Satz versteht man nur dann richtig, wenn man etwas von der Währung und der Marktwirtschaft versteht.

Nachträge vom April 2007

a) Aus freiwirtschaftlicher Sicht ³ ist die grüne Partei ein gescheitertes Projekt, dies gilt auch dann, wenn wir bedenken, daß in vielen kommunalen Parlamenten, in Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament bündnisgrüne weibliche und männliche Abgeordnete mitwirken und sich immer noch oder zum ersten Mal Bürgerinnen und Bürger für die grüne Par-

3 Richtiger ist es sicher zu schreiben, „Auch aus freiwirtschaftlicher Sicht ...“ denn eine politische Partei ist wohl generell ein Verbund der Ent- und Getäuschten, in jedem Fall sind Parteien – wie ich schon früher gesagt habe – Idealismusverschleißmaschinen. Viele Dinge, die Parteimitgliedern vorgeworfen werden, sind mit großer Wahrscheinlichkeit nicht im Charakter der Mitglieder verortet, sondern in der Institution *Partei* und dem jeweiligen Parteienverbund. Einen Teil der Probleme beschreibt David D. Friedman im 47. Kapitel seines Buches „Das Räderwerk der Freiheit - ...“ ganz gut.

tei engagieren. Die hochfahrenden Wünsche und Ziele der Grünen aus der Gründungszeit haben sich auf die Mitspielerrolle im Parteienkartell reduziert.

„Wir sollten Politik nicht als ein Mittel zur Erlangung von Macht betrachten, sondern als Mittel, Ideen zu verbreiten.“ schreibt David D. Friedmann in seinem Buch „Das Räderwerk der Freiheit“ (S. 277). Dies war auch der Ansatz der freiwirtschaftlichen Mitbegründer der grünen Partei. Aber von Anfang an waren die Gruppen in den Grünen stärker, die von der Idee der Machtergreifung besessen waren. Diese Geisteshaltung spiegelte sich auch in den Kampfabstimmungen in den Landes- und Bundesdelegiertenkonferenzen wider. Nicht nur bei den (heutigen) Bündnisgrünen herrscht zu stark die Vorstellung, die Wahrheit (im Sinne von sachlich richtig) könne durch Abstimmungssiege ans Licht befördert werden. Den wirklich freien Ideenwettbewerb fürchten unsere Parteien „wie der Teufel das Weihwasser“. Dies erklärt vielleicht auch, warum in den beiden demokratisch deutschen Republiken, die es bisher gab, die Bewältigung oder Auflösung von relevanten gesellschaftlichen Problemen bisher nicht gelungen ist. Und wenn man die heutigen gesellschaftlich-staatlichen Strukturen genauer betrachtet wirkt die offizielle, betonte Distanzierung vom „Dritten Reich“ so lügenhaft. Dies alles kann aber keine Entschuldigung für die freiwirtschaftlich orientierten Gründungsmitglieder der GRÜNEN dafür sein, daß es ihnen nicht gelungen ist, ihre ansehnlichen Vorstellungen von den ökonomisch-gesellschaftlichen Strukturen dem Parteivolk und den Wählern sichtbar zu machen.

b) Mein Satz „Der Begriff 'Soziale Marktwirtschaft' wurde in der von dem Freiwirt Otto Lautenbach gegründeten Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft geprägt.“ vom September 1984 ist nicht ganz richtig. Ich hätte schreiben müssen, aufgrund seines Buches „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ von 1946 wird Alfred Müller-Armack die Begriffsbildung „Soziale Marktwirtschaft“ zu geschrieben. Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) versuchte dann den Begriff aufzufüllen. Das ist auch noch gelungen, aber nicht dauerhaft und schon gar nicht im Sinn praktischer Politikgestaltung. Ich habe in anderen Arbeiten – an Hand alter Quellen – versucht, das Scheitern der ASM darzustellen. Heute kann ich auf einen Nachdruck dieser Arbeiten, nämlich des Zeitzeugen und Akteurs, nämlich Ernst Winkler, verweisen. Unter dem Generalthema „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“ wurde im Heft 273/4 der *Fragen der Freiheit* Die Arbeit von Winkler unter dem Titel „Freiheit? - die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“ nachgedruckt. (Siehe: www.sffo.de) Das Buch von Müller Armack ist 1990 als Nachdruck erschienen. Der Begriff

„Soziale Marktwirtschaft“ ist wohl nur eine Ableitung von seinen Gedankengängen. Ich kann mich nämlich nicht entsinnen, ihn direkt in dem Buch gelesen zu haben.

Neben Ludwig Erhard und den Freiwirtschaftlern betont auch Müller-Armack den Zusammenhang zwischen der allgemeinen Wirtschaftsordnung und der Währungsverfassung.

...„Wie sehr gerade eine marktwirtschaftliche Ordnung einer aktiv gesteuerten Währungspolitik bedarf, zeigt die gegenwärtige Lage.“ ... (S. 147)

Und wenn man den nachfolgenden Satz von Müller-Armack aus dem Kapitel 14 „Abschließendes“ liest, dann hat man den Eindruck die Wirtschaftswissenschaft hat seit 1946 ihren Auftrag verschlafen:

...„Die Frage der volkswirtschaftlich zweckmäßigen Organisation ist heute zum Lebensproblem von Millionenbevölkerungen in Europa und der übrigen Welt geworden, deren Daseinsspielraum davon abhängt, ob es gelingt, in einer durcheinandergewirbelten Welt wieder denjenigen Produktivitätsstand zu erzielen, der im letzten Jahrhundert das Heranwachsen der Volkszahlen erst ermöglichte.“ ... (S. 157)

Im Vorwort des Buches von Müller-Armack von Frank Thelen, 1990 1. Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Sozialen Marktwirtschaft e.V., wird auch die Leistung von Ludwig Erhard gewürdigt. „- aber es war nicht nur *seine* Leistung. Hinter ihm standen die Professoren des sogenannten Ordo-Liberalismus, die schon während der letzten Kriegsjahre angefangen hatten, über das künftige Wirtschaftsleben nachzudenken.“ Von den Vertretern der Freiwirtschaftsschule kann das gleiche gesagt werden, sie werden zum Schaden des Ganzen aber auch hier nicht erwähnt⁴

Weiter unten schreibt Thelen dann:

„Die sozialistische Erziehung hat die Menschen in der DDR vierzig Jahre lang absichtlich ohne klare Begriffe gelassen. Die Soziale Marktwirtschaft stellte sich in den Köpfen der Menschen in Mittel- und Osteuropa als > Kapitalismus < und > Materialismus < dar, obwohl ihre Ursprünge idealistischer und auch christlicher Natur sind.“ ... (S. 5)

Es ist richtig, daß die Ursprungsimpulse der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur mit einer rationalen Argumentationskette begründet wurden, sondern auch mit solcher der idealistischen und christlichen Art. Aber bevor die Soziale Marktwirtschaft theoretisch überhaupt ausformuliert werden konnte, was sie realpolitisch schon zu einer Mischung aus Staats- und Privatkapital-

4 Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber Verblichenen, sondern auch eine Erschwernis des Zuganges zu auch heute noch gültigen Problemlösungsansätzen der Sozialökonomie.

talismus verkommen. Die Aufklärung über die ökonomischen Verhältnisse und Zusammenhänge war im Westen, also in der BRD, genauso verlogen wie in der DDR. Der Wille der freiwirtschaftlichen Gründungsmitglieder der Partei DIE GRÜNEN war, für eine ehrliche Aufklärung und ehrliche Begriffe von Marktwirtschaft und Kapitalismus in unserer Republik zu sorgen. Das wir mit unserem Vorhaben gescheitert sind, wissen wir, aber nicht die Mehrzahl der heutigen Mitglieder der Bündnis-Grünen, weil ihnen dieser Teil der Parteigeschichte nicht vermittelt wurde. Aber auch hier kann man nicht isoliert von einem Versagen der grünen Partei sprechen. Das Stigma des Versagens ruht auf die ganze Wirtschaftspolitik und vor allem auf die Sozialwissenschaften.

c) Vom 6. bis 9. Oktober 1972 fand in der Evangelischen Akademie Loccum die Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft – Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes“ statt. Die Einladung zeigt einen Ausschnitt von der Titelseite von Müller-Armacks Buch. Ich gebe abschließend die einleitenden Worte von Akademiedirektor, Pastor Dr. Hans Storck, und Studienleiter Dr. Bodo B. Gemper wieder und frage: Wo hat zwischenzeitlich die 1972 angesteuerte ordnungspolitische Diskussion und der Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen stattgefunden? Die ökonomische Wirklichkeit zeugt eher von einer Verweigerungshaltung sowohl der Sozialwissenschaften wie auch der politischen Parteien.

oooooooooooooooo

EVANGELISCHE AKADEMIE LOCCUM

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes

kritische Analyse — zukünftige Gestaltung

Tagung vom 6. bis 9. Oktober 1972

Leitung der Tagung: Dr. Bodo B. Gemper, F.S.S., Köln/Siegen

Der Grundstein für die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde vor 25 Jahren gelegt, als im Jahre 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erschien und Wilhelm Röpke sein Manuskript über „Die Ordnung

der Wirtschaft“ verfaßte. Zwei Jahre später hat sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Gegenwärtig wird der Vorwurf laut, daß auch die Soziale Marktwirtschaft die in sie gesetzten Erwartungen, zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme beizutragen, nicht erfülle.

Die Evangelische Akademie Loccum lädt ein, eine Zwischenbilanz zu ziehen, das heißt,

- die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft sachlich und kritisch zu analysieren,
- Wege und Methoden zu erkunden, wie diese Wirtschaftsordnung auf veränderte Verhältnisse ausgerichtet werden kann,
- neue Ansätze für die zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsordnung in einer freien und demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und aus dem Rückblick der Erfahrungen mit der Wettbewerbswirtschaft,
- die Voraussetzungen zu definieren, die für die Realisierung dieser Ansätze angesichts der sich verändernden technischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu schaffen sind.

Ziel dieser Tagung ist es, die ordnungspolitische Diskussion voranzubringen und den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen zu fördern.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen anderer Länder, die sich bildende Staatengemeinschaft in Europa und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit innerhalb des atlantischen und des östlichen Raumes werden dabei auch im Blickfeld dieser Zwischenbilanz liegen.

oooooooooooooooooooo

Zu den Referenten und Tagungsteilnehmern gehörten auch Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard, Wolfgang Frickhöffer von der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und alle die in diesem Themenbereich einen Namen hatten. 1997 hätte man eine Zwischenbilanz nach 50 Jahren „Soziale Marktwirtschaft“ veranstalten können. Vermutlich wäre dabei herausgekommen, daß sich die sozialökonomischen Probleme von 1972 verdoppelt, aber die marktkonformen Lösungen dafür aufgrund der Leistungsschwäche der Sozialwissenschaften minimiert hätten. Aber selbst diese Leistungsschwäche ist ein Ausdruck der Herrschaft von Vorstellungen und Ideen, die sich in unseren Köpfen festgesetzt haben. TA